

„Der Bürger kennt seine Rechte nicht“

Reinhard Hackl vom Bündnis Mehr Demokratie spricht auf Einladung der Liste Mensch und Umwelt in Mühlacker

Die Forderung nach einer verstärkten Bürgerbeteiligung ist seit der Debatte um Stuttgart 21 in aller Munde. Ein glühender Verfechter von „Mehr Demokratie“ ist Reinhard Hackl, Landesvorsitzender des gleichnamigen Bündnisses.

VON EVA FILITZ

MÜHLACKER. „Direkte Bürgermitbestimmung in der Gemeinde“ lautete das Thema, über das der ehemalige Landtagsabgeordnete der Grünen auf Einladung der Liste Mensch und Umwelt im Hotel-Restaurant „Scharfes Eck“ referierte.

Das klang interessant und hätte die ansprechen sollen, die unzufrieden mit der gelebten Demokratie im Staate sind und damit, dass sie nur alle paar Jahre im Zuge der Wahlen mitreden dürfen. Zudem schien der Titel einen Bezug zu örtlichen Gegebenheiten anzudeuten – war doch stets der Mühlehof als Gegenüber präsent und markierte den „Klotz“, an dem sich die Senderstädter Geister scheiden.

Die Botschaft hör' ich wohl – und dennoch wollten nur zwölf Bürger, darunter zehn Frauen, wissen, wie es um ihre Mitspracherechte im Ländle bestellt ist, welche Möglichkeiten es überhaupt gibt, als kleiner Bürger von „denen da oben“ gehört und ernstgenommen zu werden.

Nur kenne der einzelne, in der Politikszene nicht bewanderte Bürger meistens seine Rechte nicht, hieß es bei der Veranstaltung mit Reinhard Hackl. Bewusste Desinformation sei ein wirkungsvolles Mittel der Politik. Oder die Rechte würden nicht ausgeübt nach dem Motto: Es hat ja doch keinen Zweck, „die“ machen eh, was



Engagiert: Reinhard Hackl.

Foto: Filitz

sie wollen. Vergessen werde dabei allerdings, dass „die“ gewählt worden seien, um die Interessen der Wähler zu vertreten.

Reinhard Hackl war acht Jahre lang Abgeordneter von Bündnis90/Die Grünen im Stuttgarter Landtag. Es war seine Entscheidung, teils aus familiären Gründen, sein Mandat zurückzugeben und nach neuen Wegen für sich zu suchen. Neben seiner beruflichen Tätigkeit bietet ihm seither das Bündnis „Mehr Demokratie“ in Baden-Württemberg ein weites Feld zum Beackern. Seit zehn Jahren steht er an der Spitze des Landesverbands.

„Unser bestehendes Demokratieverständnis hat sich überlebt“

Das Bündnis, das sich 1988 gründete, wird unterstützt vom BUND, NABU, von Sozialverbänden und von Gewerkschaften.

„Unser bestehendes Demokratieverständnis hat sich überlebt“, sagt der Referent. Bis 1990 habe es über die „runden Tische“ eine Aufbruchstimmung gegeben, ein Wir-Gefühl habe sich entwickelt, das aber wieder verebbt sei. Alle ostdeutschen Länder hätten den Volksentscheid eingeführt, und sogar das konservative Bayern sei seit 1995 mit innovativen Ideen eine Art Musterland. Die bayerische CSU sei weitaus lernfähiger als die etablierten Parteien in Baden-Württemberg, kritisierte deshalb Hackl. Von allen Bundesländern stehe Baden-Württemberg an 15. Stelle, vor dem Saarland als Schlusslicht. Auf Bundesebene gebe es nur zwei Länder, die keinen Volksentscheid zuließen: Deutschland und Albanien.

Eine echte Reform der baden-württembergischen Volksgesetzgebung fehle. Die Hürden für einen Volksentscheid sollten zwar gesenkt werden, aber dies sei nur ein bisschen Politur, führte Reinhard Hackl aus. „Die aufbegehrenden Bürger müssen eine Abstimmungsmehrheit erreichen, diese Mehrheit muss aber zugleich ein Drittel aller Wahlberechtigten sein, das sogenannte Quorum muss erfüllt werden.“

Bauleitpläne zum Beispiel und örtliche Bauvorschriften wurden per Gesetz in einem Ausschlusskatalog der Mitwirkung der Bürger in Form eines Bürgerbegehrens völlig entzogen.“ Hackl fordert, dass mehrheitliche Abstimmungsergebnisse als demokratischer Beschluss akzeptiert werden. Wenn im Parlament Stimmenmehrheit entscheidend sei, so müsse dieses Demokratieprinzip auch Volkes Stimme gewährleisten.

Hackl nannte eine ganze Reihe von „Fußangeln“, mit denen seitens der herrschenden Politik ein Bürgerbegehren unterlaufen werden könne. Die Entscheidung, ob in Baden-Württemberg ein Bürgerbegehren zugelassen werde, entbehre nicht einer gewissen Willkür. Ein „dummes Argument“ gegen das Bürgerbegehren habe er auch schon gehört: „Die Leute sind blöd, die sollen uns wählen, sonst nichts.“

„Gelegentlich gewinne ich den Eindruck, dass Demokratie dann gut ist, wenn sie eigenen Interessen dient oder: Die eigene Perspektive bestimmt, wie ich mit Demokratie umgehe“, schlussfolgerte Hackl.

In der Aussprache wurde auch das Bahnprojekt Stuttgart 21 angesprochen. Hackl: „Hier geht es um mehr als um einen Bahnhof – die Volksabstimmung als solche ist eine Chance auf mehr Demokratie in Deutschland.“